

**V-23** Verschiedenes – modifizierte Version (unter Einbeziehung aller  
Änderungsanträge)

**Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in der VN unterstützen**  
**in den Grenzen auf der Grundlage von 1967 und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen aus. Die Bundestagsfraktion soll im Bundestag einen Antrag einbringen, der die Bundesregierung auffordert, den Antrag auf Aufnahme des Staates Palästina im VN-Sicherheitsrat NICHT ABZULEHENEN / ZUZUSTIMMEN und sich gleichzeitig für eine einheitliche EU Position für eine Statuserhöhung der Palästinenser in der VN-Generalversammlung einzusetzen und selbst ein entsprechendes Abstimmungsverhalten anzukündigen. Die Grundlage für einen lebensfähigen Staat an Seite eines in seiner Existenz gesicherten Staates Israel müssen am Verhandlungstisch zwischen Israelis und Palästinensern geschaffen werden. im VN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung einer Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen zuzustimmen und einen Staat Palästina anzuerkennen. Deutschland soll zudem innerhalb der EU in diesem Sinne auf eine gemeinsame Haltung in der Frage hinwirken. Die EU soll sich im Rahmen der VN für eine schnelle Aufnahme und Anerkennung Palästinas einsetzen.**

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich grundsätzlich für die Anerkennung eines  
2 palästinensischen Staates in den Grenzen auf der Grundlage von 1967 und seine Aufnahme  
3 in die Vereinten Nationen aus. Die Bundestagsfraktion soll im Bundestag einen Antrag  
4 einbringen, der die Bundesregierung auffordert, den Antrag auf Aufnahme des Staates  
5 Palästina im VN-Sicherheitsrat NICHT ABZULEHENEN / ZUZUSTIMMEN und sich  
6 gleichzeitig für eine einheitliche EU Position für eine Statuserhöhung der Palästinenser in  
7 der VN-Generalversammlung einzusetzen und selbst ein entsprechendes  
8 Abstimmungsverhalten anzukündigen. Die Grundlage für einen lebensfähigen Staat an Seite  
9 eines in seiner Existenz gesicherten Staates Israel müssen am Verhandlungstisch zwischen  
10 Israelis und Palästinensern geschaffen werden. im VN-Sicherheitsrat und in der  
11 Generalversammlung einer Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen zuzustimmen  
12 und einen Staat Palästina anzuerkennen. Deutschland soll zudem innerhalb der EU in  
13 diesem Sinne auf eine gemeinsame Haltung in der Frage hinwirken. Die EU soll sich im  
14 Rahmen der VN für eine schnelle Aufnahme und Anerkennung Palästinas einsetzen.

15 Mit dem Parteitagsbeschluss zum israelisch-palästinensischen Konflikt haben wir im letzten  
16 Jahr unsere grundlegenden Positionen hierzu dargestellt. Wir bekennen uns im BDK-  
17 Beschluss von Freiburg zu einer zügigen Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung und zu  
18 einer baldigen palästinensischen Staatswerdung. Die Zeit dafür drängt. Der Siedlungsbau  
19 und die fortschreitende Landnahme in der Westbank und Ost-Jerusalem schaffen Fakten, die  
20 die Gefahr bergen, irreversibel zu werden. Die demografischen und räumlichen, politischen  
21 und wirtschaftlichen Entwicklungen in Israel, dem Gazastreifen und der Westbank machen  
22 die Realisierung der Zwei-Staaten-Regelung immer schwieriger. Während sich in vielen  
23 arabischen Ländern vollziehen sich zur Zeit grundlegende Veränderungsprozesse. Die  
24 vollziehen, sind die israelisch-palästinensischen Verhandlungen sind blockiert. Angesichts  
25 der politischen Haltung der Regierung Netanjahu, insbesondere des fortgesetzten  
26 Siedlungsbau ist die Unterstützung der Anerkennung ein notwendiges und richtiges Signal.  
27 Wir sind überzeugt, die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Regelung und der Anerkennung  
28 Palästinas hilft den Palästinenserinnen und Palästinensern und dient dem Interesse Israels,  
29 in Frieden und Sicherheit zu leben. Wir unterstützen mit diesem Antrag zudem breite Teile  
30 der israelischen Zivilgesellschaft, die sich für eine solche Anerkennung und Friedensregelung  
31 einsetzen. Angesichts der engstirnigen politischen Haltung der Regierung Netanjahu,  
32 insbesondere beim fortgesetzten Siedlungsbau, ist es verständlich, dass die  
33 palästinensische Seite nun durch einen Antrag auf Mitgliedschaft den Weg in die UNO  
34 sucht. Die beiden Staaten Palästina und Israel wird es als lebensfähige und in ihrer  
35 Existenz gesicherte Nachbarn nur durch einen Friedensprozess geben, in dem sich  
36 beide Seiten anerkennen. Berichte der Vereinten Nationen, der Weltbank und des  
37 Internationalen Währungsfonds (IWF) kommen übereinstimmend zu dem Schluss,

## V-23 Einen palästinensischen Staat anerkennen als Meilenstein für eine friedliche Realisierung einer Zwei-Staaten-Regelung

38 dass die Palästinensische Autonomiebehörde – leider nur auf dem Gebiet der  
39 Westbank - die Voraussetzungen erfüllt, um einen unabhängigen Staat regieren zu  
40 können. Wir sind überzeugt, dass die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Regelung und  
41 damit die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates neben Israel  
42 der Sicherheit, dem Frieden und dem Wohlstand auf beiden Seiten dient. Wir  
43 unterstützen mit diesem Antrag zudem diejenigen Kräfte und Stimmen in Israel, die sich  
44 konkret für eine solche Anerkennung und Friedensregelung einsetzen.

45 Präsident Abbas hat am 23. September einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten  
46 Nationen an den Generalsekretär Ban Ki-moon übergeben. Der Sicherheitsrat muss nun  
47 darüber entscheiden. Gegen eine Aufnahme eines Staates Palästina in die VN könnten  
48 und werden die USA vermutlich ein Veto einlegen. Daher werden sich die  
49 PalästinenserInnen wird sich Präsident Abbas möglicherweise ebenfalls an die VN-  
50 Generalversammlung wenden. Diese kann ohne einen Beschluss des Sicherheitsrates  
51 eine Aufwertung des Status der PalästinenserInnen von einem Beobachterstatus auf den  
52 Status eines beobachtenden Nicht-Mitgliedsstaates vornehmen. Die Generalversammlung  
53 kann aberzwar nicht die Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen beschließen;  
54 dazu braucht es zwingend eine Empfehlung des Sicherheitsrates. Ein breit getragener  
55 Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit einer politischen  
56 Anerkennung für eine Statuserhöhung hätte nichtsdestotrotz eine hohe politische Wirkung.  
57 Die völkerrechtliche Anerkennung von Staaten vollzieht sich zudem nicht durch die  
58 Vereinten Nationen sondern zwischen Nationalstaaten.

59 Das Vorgehen von Präsident Abbas und der Palästinensischen Autonomiebehörde hat zu  
60 einem intensiven diplomatischen Ringen geführt und das Thema wieder hoch auf der  
61 politischen Agenda platziert. Es gibt jetzt ein Zeitfenster, welches, klug genutzt, ein  
62 wichtiger Meilenstein zur Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung und längerfristig zu  
63 einer friedlichen Konfliktlösung sein kann. Dieses gilt es zu nutzen.

64 Gleichzeitig appellieren wir an die palästinensische Führung in Ramallah, keine  
65 Erwartungen in der Bevölkerung zu wecken, die zur Zeit nicht erfüllt werden können. Das  
66 könnte die demokratischen Kräfte in Palästina langfristig schwächen. Weder eine  
67 Anerkennung, noch eine Statuserhöhung durch die VN allein werden die Lebensrealität  
68 der Menschen in Palästina entscheidend verändern. Dies kann nur durch erfolgreiche  
69 Friedensgespräche geschehen. Eine aus dem Frust über die fehlenden Veränderungen  
70 sich nährende Eskalation des Konflikts muss auf beiden Seiten vermieden werden.

71 Präsident Abbas und seine Regierung erhalten für ihr Anliegen breite Unterstützung.  
72 Mehr als 150 Staaten haben ihre Bereitschaft erklärt, Palästinas in der Vollversammlung  
73 der VN zu unterstützen. Die Bundesregierung dagegen hat sich durch die Äußerungen  
74 von Bundeskanzlerin Merkel im April bei den letzten deutsch-israelischen  
75 Regierungskonsultationen vorfestgelegt. Damit hat die Bundesregierung verhindert,  
76 dass zunächst versucht wird, zu einer gemeinsamen EU-Position zu kommen und  
77 so die zentrale Rolle, die der EU angesichts der Position der USA zukommen  
78 könnte, auch auszufüllen. Etwa könnte die EU, wie von Frankreich vorgeschlagen,  
79 den PalästinenserInnen empfehlen, einen Antrag in der Generalversammlung der  
80 UNO einzubringen, um zunächst eine Aufwertung ihres Status zum beobachtenden  
81 Nicht-Mitglied-Staat anzustreben. Dies wäre mit Unterstützung der EU ein starkes  
82 Signal, dass die UNO und die EU nach wie vor die Aufwertung eines  
83 palästinensischen Staates im Sinne einer Zwei-Staaten-Regelung wollen.

84 ~~festgelegt, eine Ausrufung eines palästinensischen Staates ohne vorheriges~~

## V-23 Einen palästinensischen Staat anerkennen als Meilenstein für eine friedliche Realisierung einer Zwei-Staaten-Regelung

85 ~~Verhandlungsergebnis mit Israel nicht zu unterstützen. einseitig Die PalästinenserInnen~~  
86 ~~erhalten für ihr Anliegen breite Unterstützung. Mehr als 150 Staaten haben ihre~~  
87 ~~Bereitschaft erklärt, Palästina anzuerkennen. Die Bundesregierung dagegen hat sich im~~  
88 ~~April bei den letzten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen~~

89 ~~Das Völkerrecht kennt drei wesentliche Merkmale eines Staates: eine~~  
90 ~~Bevölkerung/Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Regierung, die effektive Staatsgewalt~~  
91 ~~ausüben kann. Die Merkmale Bevölkerung und Staatsgebiet in den Grenzen von 1967~~  
92 ~~sind klar erfüllt; auch beim dritten Merkmal ist dies nach Auffassung der Vereinten~~  
93 ~~Nationen, der Weltbank und des IWF der Fall. Alle drei Institutionen haben im April~~  
94 ~~Berichte vorgelegt, die übereinstimmend zu dem Schluss kommen, dass die~~  
95 ~~Palästinensische Autonomiebehörde die Voraussetzungen erfüllt, um einen unabhängigen~~  
96 ~~Staat regieren zu können. Ein weiterer Bericht der Weltbank vom September betont~~  
97 ~~erneut, dass die palästinensischen Institutionen in zentralen Aspekten der Staatlichkeit~~  
98 ~~(Sicherheit, Justiz, Finanzen, Wirtschaft und Dienstleistungen) im Vergleich mit anderen~~  
99 ~~Staaten der Region positiv abschneiden.~~

100 Eine große Hürde für eine palästinensische Staatswerdung ist die Spaltung zwischen der  
101 Hamas in Gaza und der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie der Fatha auf der  
102 Westbank. Die erklärte Mit der Absicht von Hamas und Fatah, eine gemeinsame  
103 Übergangsregierung unabhängiger Technokraten zu bilden und Präsidentschafts- und  
104 Parlamentswahlen vorzubereiten, können einen ist hier ein Schritt zur Überwindung der  
105 Spaltung gemacht bedeutet. Die internationale Gemeinschaft sollte diesen begonnen  
106 Prozess unterstützen, wie wir es auch in unserem Freiburger Beschluss gefordert haben.  
107 Gerade angesichts der historischen Umbruchprozesse in der gesamten Region, dem  
108 Eintreten für Demokratie durch breite Protestbewegungen, aber daneben auch  
109 islamistischen Tendenzen sollte die internationale Gemeinschaft die Übernahme von  
110 politischer Verantwortung durch demokratisch gewählte Institutionen unterstützen. Von  
111 diesen wünschen wir uns klare Aussagen zum Verhältnis zu Israel, zur Zwei-Staaten-  
112 Regelung und zur Friedensinitiative der Arabischen Liga.

113 Genau wie Israel einen neu entstehenden palästinensischen Staat in den auf der  
114 Grundlage der Grenzen von 1967 anerkennen sollte, genauso sollte dieser  
115 palästinensische Staat die 1993 von der PLO erklärte Anerkennung des Staates Israel in  
116 den auf der Grundlage der Grenzen von 1967 übernehmen und Israel anerkennen. Im  
117 Zuge der Aufnahme Palästinas in die VN soll sich Deutschland soll sich innerhalb der EU  
118 für eine schnelle Anerkennung Palästinas durch die Mitgliedstaaten der EU einsetzen und  
119 diese selbst zügig vollziehen. Den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen beider  
120 Konfliktparteien sollte die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen  
121 Rechnung tragen, z. B. durch das Angebot von Sicherheitsgarantien, BeobachterInnen  
122 und gemeinsamem Grenzmanagement. Sollten die israelische und palästinensische Seite  
123 gemeinsam um eine deutsche Beteiligung an einer solchen VN-Mission bitten, sollte  
124 Deutschland die Bundesrepublik dieser Bitte Folge leisten.

125 Ein neuer palästinensischer Staat hätte die Möglichkeit, selbstständig über die  
126 Ratifizierung von internationalen Abkommen, wie etwas internationale  
127 Menschenrechtskonventionen, zu entscheiden. Bisher gelten in den palästinensischen  
128 Gebieten aufgrund israelischen Einspruchs wichtige internationale  
129 Menschenrechtskonventionen nicht, wie die Konvention gegen die Diskriminierung der  
130 Frauen, die Kinderrechtskonvention und die Anti-Folter-Konvention. Zudem hätte eine  
131 souveräner palästinensischer Staat Regierung auch die Möglichkeit, dem Internationalen

## V-23 Einen palästinensischen Staat anerkennen als Meilenstein für eine friedliche Realisierung einer Zwei-Staaten-Regelung

132 Strafgerichtshof beizutreten. Palästina würde damit seine Bereitschaft zur allseitigen  
133 Akzeptanz und Unterstützung Achtung der Menschenrechte belegen unter Beweis stellen  
134 und so zu einer weiteren völkerrechtlichen Verrechtlichung des israelisch-  
135 palästinensischen Konflikts beitragen.

136 Eine internationale Anerkennung Palästinas ist kein Ersatz für direkte Friedensgespräche.  
137 Klar ist, Frieden zwischen Israel und Palästina wird es nur im Wege von Verhandlungen  
138 auf der Basis des Völkerrechts geben. Diese sind allerdings nur dann  
139 erfolgsversprechend, wenn sie auf der Basis genauer Parameter und eines klaren  
140 Zeitplans stattfinden. Insofern ist die Quartett-Erklärung vom 23.09.2011 leider ein  
141 Dokument der Hilflosigkeit da man sich noch nicht mal auf die in der EU-3-  
142 Stimmerklärung zur Siedlungsresolution vom 18.02.2011 niedergelegten Parameter  
143 als Grundlage für Verhandlungen verständigen konnte. Die Entscheidung der  
144 israelischen Regierung, einen Tag nach dem Quartett-Vorschlag den Bau von 1100  
145 Siedlungen in Ostjerusalem anzukündigen sowie die Anweisung von Ministerpräsident  
146 Netanyahu, mit einem Team von Rechtsexperten nach Wegen zu suchen, die den  
147 Status von Wohnungen, die auf palästinensischem Privatbesitz gebaut wurden,  
148 legalisieren, verdeutlicht, wie schwierig solche Gespräche werden. Eine internationale  
149 Anerkennung Palästinas ist kein Ersatz für direkte Friedensgespräche. Klar ist, Frieden  
150 zwischen Israel und Palästina wird es nur im Wege von Verhandlungen auf der Basis der  
151 Völkerrechts, genauer Parameter und eines klaren Zeitplan geben. Insofern ist die  
152 Quartett-Erklärung vom 23.09.2011 leider ein Dokument der Hilflosigkeit. Das Verhalten  
153 der israelischen Regierung, einen Tag nach dem Quartett-Vorschlag den Bau von 1100  
154 Siedlungen in Ostjerusalem anzukündigen, verdeutlicht, wie schwierig solche Gespräche  
155 werden. Es fehlt auch eine klare Aussage des Quartetts, dass die Einstellung des  
156 Siedlungsbaus zur Voraussetzungen eines Verhandlungsprozesses gehört, ~~der diesen~~  
157 ~~Namen verdient.~~

158 Kontraproduktiv sind auch Drohungen aus dem amerikanischen Kongress, die  
159 Finanzhilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde zu streichen. Die EU sollte  
160 ankündigen, dass sie diese Streichungen ausgleichen wird, falls es dazu kommt.

161 Den Austausch des israelischen Soldaten Gilad Shalit gegen palästinensische Gefangene  
162 begrüßen wir. Er hat inmitten einer verfahrenen und gewaltträchtigen Situation gezeigt,  
163 dass Verhandlungslösungen und Vermittlungsversuche möglich sind. Mit der Freilassung  
164 Shalits ist zudem einer der Anlässe für die inakzeptable Blockade des Gaza-Streifens  
165 weggefallen; es ist zu hoffen und einzufordern, dass nun weitere Schritte in Richtung ihrer  
166 Beendigung unternommen werden können. Zugleich stellen wir mit Besorgnis fest, dass  
167 der Austausch auf der palästinensischen Seite die gewaltbereiten Kräfte politisch gestärkt  
168 und die gewaltfrei Handelnden geschwächt hat. Umso dringlicher erscheint es, durch eine  
169 klare Anerkennung der Leistungen beim Staatsaufbau deutlich zu machen, dass eine  
170 Strategie, die auf Gewaltfreiheit und Kompromissbereitschaft setzt, sich auszahlen kann.  
171 Nicht eine Anerkennung, sondern deren Verweigerung würde die Gefahr bergen, die in  
172 diese friedliche Strategie gesetzten Hoffnungen zu enttäuschen und damit Gewalt zu  
173 befördern. Die potentiellen FriedenspartnerInnen leer ausgehen zu lassen, während  
174 militanten Kräften Zugeständnisse gemacht werden, ist das Gegenteil einer klugen  
175 Friedenspolitik. Die Vereinbarung zwischen der israelischen Regierung und der Hamas  
176 über den Austausch des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit gegen  
177 palästinensische Gefangene ist dagegen ein positives Zeichen der Verständigung und  
178 bieten Anlass zur Hoffnung für einen weitergehenden politischen Verhandlungsprozess.

## V-23 Einen palästinensischen Staat anerkennen als Meilenstein für eine friedliche Realisierung einer Zwei-Staaten-Regelung

---

179 | [Wir wollen die Kräfte unterstützen, die sich dafür einsetzen, ~~Es ist auch in unserem~~](#)  
180 | [Interesse](#), dass sich in Palästina ein demokratischer Staat etabliert, der die  
181 | Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze wahrt, Israel klar anerkennt und in guter  
182 | Nachbarschaft lebt. Ein palästinensischer Staat hat grundsätzlich Anspruch auf volle  
183 | Hoheitsrechte und Souveränität, wie auch der Staat Israel. Mögliche Einschränkungen,  
184 | beispielsweise demilitarisierte Grenzen oder ein Gebietstausch zwischen Israel und  
185 | Palästina, können nur Ergebnis von Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina  
186 | sein. Ein wichtiger Anstoß für Friedensverhandlungen kann auch die neue israelische  
187 | Friedensinitiative ([Israeli Peace Initiative](#)) sein, die ihrerseits eine Reaktion auf die  
188 | arabische Friedensinitiative von 2002 ist. Die Initiative kommt aus der Mitte der  
189 | israelischen Gesellschaft und ist in Ägypten und Saudi-Arabien auf Interesse gestoßen;  
190 | leider verweigert sich die Regierung Netanjahu bisher diesem wichtigen Impuls.

191 | Wir appellieren an alle Seiten auf Gewalt zu verzichten. Wir fordern Israel und Palästina  
192 | auf, offen und ohne Provokationen einen politischen Verhandlungsprozess mit dem Ziel  
193 | eines friedlichen Nebeneinanders der Staaten Israel und Palästina ernsthaft zu verfolgen.

194